

# Wahlprüfsteine im Klimaschutz

Kommunalwahlen Bayern – Kreistagswahl im  
Landkreis Würzburg



Am 15.03.2020 sind Kommunalwahlen in Bayern und Kommunalwahlen sind bekanntlich Klimawahlen!

Was sind die Antworten der einzelnen Parteien, welche sich in den Kreistag des Landkreises Würzburg wählen lassen wollen, auf klimarelevante Fragen?

Um diese Frage zu beantworten, haben wir ihnen eine Anfrage geschickt und von fünf Parteien (Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Freie Wähler / UWG – FW, ÖDP, Die Linke) eine Antwort erhalten.

Den Fragenkatalog und die Antworten der Parteien könnt ihr hier nachlesen.

#voteforclimate

# Sollte der Kreistag den "Klimanotstand" ausrufen?

Allgemeines/Klimaschutz



Freie Wähler / UWG - FW



„Den anthropogenen Klimawandel kann kein Mensch mehr bestreiten. Der Klimanotstand wurde in den letzten Monaten in vielen Gemeinden und Landkreisen heiß diskutiert.

Da das Ausrufen des Klimanotstandes aber mit keiner rechtlichen Wirkung in Verbindung steht, und das Wort Notstand in Verbindung mit Sofortmaßnahmen geknüpft ist, würde ich die „Klimanotlage“ und nicht den „Klimanotstand“ ausrufen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Der Kreistag ist zuständig für den ÖPNV und die eigenen Liegenschaften, z.B. zwei Gymnasien und Verwaltungsgebäude. In Zweckverbänden werden weitere Aufgaben geregelt, z.B. Müllverbrennung. Innerhalb dieser Politikfelder kann der Kreistag Maßnahmen festlegen, um CO<sub>2</sub> einzusparen.

Die meisten öffentlichen Gebäude befinden sich aber im Eigentum der Kommunen: Kindergärten, Schulen, Rathäuser. Die energetische Sanierung kann der Landkreis anregen, aber nicht vorgeben.

Einen „**Klimanotstand**“ auszurufen und alle Entscheidungen des Kreistags unter einen Klimavorbehalt zu stellen, ist **für Kommunen** das geeignete Mittel. Für einen **Kreistag** müsste statt dessen eine Art „**Klimabündnis**“ initiiert werden, in dem die einzelnen Kommunen zusammenarbeiten um **CO<sub>2</sub> zu vermeiden**, denn die Wirkung eines Klimanotstands auf Kreistagebene ist begrenzt.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Wir sind überzeugt, dass ein akuter Klimanotstand herrscht.

Diese langfristige erschreckende Entwicklung ist der Grund für unsere Arbeit in der **ödp**.

Da das Ausrufen des Klimanotstands durch den Landkreis keine unmittelbare rechtlichen Folgen hat, haben wir uns dagegen entschieden dies selbst zu beantragen. Wir sehen die Gefahr, dass sich diejenigen, die nicht wirklich etwas tun wollen, es sich dann hinter dem Beschluss gemütlich machen.

Weniger ist mehr!

Falls ein Antrag dafür käme, würden wir ihn aber natürlich nicht ablehnen.“

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)



„Der Klimawandel zwingt uns zu dringendem Handeln.

Die Ausrufung eines Klimanotstandes ist für uns weder politische Deklamation ohne Substanz noch bedeutet sie, dass die demokratische Verantwortung und Spielregeln nicht mehr gelten. Sondern wir müssen so handeln, dass wir dem Ernst der Klimasituation gerecht werden bei allen Entscheidungen und Maßnahmen des Kreistages. Dies wird nur dann gelingen, wenn wir zugleich dafür sorgen, dass die Umsetzung des Klimaschutzes die soziale Gestaltung im Blick behält.“

DIE LINKE

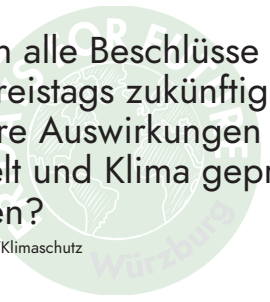


„Wir haben uns im Stadtgebiet für die Ausrufung des Klimanotstandes eingesetzt, dies soll auch für den Kreis gelten.

Denn auch wir im Kreis haben mit den trockenen Böden und Co. zu kämpfen, deshalb ein definitives und klares „JA“!“

## Sollten alle Beschlüsse des Kreistags zukünftig auf ihre Auswirkungen auf Umwelt und Klima geprüft werden?

Allgemeines/Klimaschutz



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Ja, allerdings nicht nur auf **Umwelt und Klimaauswirkungen**, sondern auch auf **Gender Aspekte**.

Direkte Auswirkungen auf Umwelt und Klima haben z.B.

- **Entscheidungen über Straßen- und Fahrradwegebau,**
- **Pflanzung einer Allee entlang einer Kreisstraße** (bei Oberpleichfeld),
- **Gebäudesanierungen,**
- **Naturschutzmaßnahmen** und natürlich
- **Verbesserungen beim ÖPNV“**

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Wichtig ist: Die Landrätin/der Landrat steht im Landratsamt einer Behörde vor, die zweigeteilt ist.

Zum einen das Landratsamt, das sich um den Aufgabenbereich kümmert, bei dem der Landkreis gestalten kann, zum anderen aber auch das staatliche Landratsamt, das dazu da ist, Aufgaben zu vollziehen, die vom Freistaat Bayern vorgeben sind (z.B. Auszahlung von staatlichen Sozialleistungen etc.).

Auf Entscheidungen des staatlichen Landratsamtes hat der Kreistag keinen Einfluss.“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Alle Entscheidungen von Kreistag und Verwaltung, alle Maßnahmen und Investitionen müssen dem Anspruch der weitgehenden Vermeidung von schädlichen Klimagasen Rechnung tragen.

Das gilt insbesondere für den Verkehrssektor. Wir haben als SPD-Fraktion seit langem für mehr Klimaschutz, Energieeinsparung, Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs und für ein Millionen-Programm für die Schaffung von Radwegen gekämpft.

Jetzt geht es darum, das gesamte Landkreishandeln auf den Klimaschutz auszurichten.“

(1/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Gleich zu Beginn der nächsten Kreistagsperiode 2020-2026 wollen wir in einer Klimakonferenz für den Landkreis Würzburg einen konkreten Klimaschutzplan entwickeln, beschließen und dann zügig umsetzen.

Und wir brauchen eine hauptamtliche Stabsstelle KlimaschutzLandratsamt, die alle Entscheidungen auf ihre Klimarelevanz prüft.“

(2/2)

Freie Wähler / UWG - FW



„Es sollten alle Beschlüsse des Kreistages auf ihre Auswirkung auf Umwelt und Klima geprüft werden, bei denen es Sinn ergibt. Aber **nur** bei denen es Sinn ergibt.

Beispielsweise beschloss der Kreistag am 18.03.2019 den Jugendkreistag ins Leben zu rufen, um politisches Engagement zu fördern. Hier wäre eine Prüfung auf Umwelt und Klimaverträglichkeit eine temporäre und monetäre Verschwendung, die man besser für den aktiven Klimaschutz nutzt.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die Grundhaltung der **ödp** ist es Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen und die Wirkung für die Zukunft zu beachten.

Selbstverständlich prüfen wir nicht nur alle Beschlüsse auf die Auswirkungen auf Umwelt und Klima, sondern darüber hinaus auch auf finanzielle Nachhaltigkeit. Alle unnötigen Ausgaben führen bei der Generierung dieser Gelder wieder zu weiteren Belastungen für Klima und Umwelt.

Unsere Grundhaltung „Weniger ist mehr!“ führt zu kritischen Nachfragen bei allen Beschlüssen“

DIE LINKE

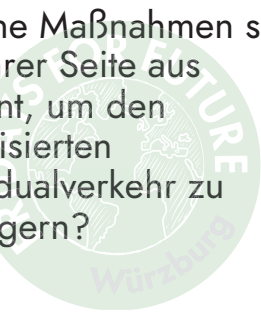


„Klar, es gehört zum Konzept hinter der Ausrufung des Klimanotstandes, dass alle Beschlüsse darauf überprüft werden sollen.

Dies konnte sogar in der Stadt umgesetzt werden, nun muss der Kreis hier nachziehen!“

# Welche Maßnahmen sind von Ihrer Seite aus geplant, um den motorisierten Individualverkehr zu verringern?

Verkehr



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Damit Menschen das Auto nicht mehr nutzen müssen, wollen wir den **ÖPNV intensiv ausbauen** und eine **gute Radinfrastruktur** schaffen (siehe Antworten auf die nächsten Fragen). Außerdem **lehnen wir neue Straßenbauprojekte wie die geplante B26n ab**.

Wir brauchen im öffentlichen Raum mehr Platz für Fußgänger, **mehr Aufenthaltsqualität auf Plätzen und auf Bahnhöfen und an Haltestellen** (Bänke, Wetterschutz, Barrierefreiheit).

Im Landkreis Würzburg gibt es derzeit nicht einmal in jeder Gemeinde mindestens eine (!) **barrierefreie Haltestelle**. Das wollen wir dringend ändern!“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Um den motorisierten Individualverkehr zu verringern, müssen wir das Angebot des ÖPNVs deutlich verbessern. Wir brauchen kostengünstige und sozial verträgliche Fahrpreise für den ÖPNV. Wir wollen ein freies Ticket für Jugendliche von 16 bis 18 Jahre schaffen, gültig für den ganzen Landkreis, um jungen Menschen den Anreiz zu bieten auf den ÖPNV umzusteigen.

Car-Sharing und Park-and-Ride-Systeme sollten ausgebaut und attraktive, abschließbare Fahrradboxen an Park-and-Ride-Parkplätzen geschaffen werden. Durch die Vernetzung von Bus, Bahn, E-Bike und PKW wollen wir mehr Menschen zum Umstieg auf die Schiene und in den Bus motivieren.“

(1/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Gewerbegebiete wollen wir besser an den Nahverkehr anbinden. Dies ist auch angesichts von Fachkräftemangel und der Suche nach Auszubildenden ein wichtiger Standortvorteil für Betriebe im Landkreis Würzburg.

Das APG-Service-Taxi wollen wir ausbauen, damit alle jungen Menschen hiervon profitieren können.

Zudem sehen wir in der Einführung von Nachtbuslinien einen Beitrag zu Sicherheit, Mobilität für junge Menschen und Klimaschutz in unserem Landkreis Würzburg.

Bis zum Jahr 2026 wollen wir 50% Elektrobusse in unserer Busflotte.“

(2/2)

Freie Wähler / UWG - FW



„ÖPNV:

- Optimalere Vernetzung von Stadt und Landkreis Würzburg sowie von Bus und Bahn
- Ausweitung des Schienennetzes in den Landkreis
- Vernetzen mit benachbarten Regionen
- Anbindung an den Großraum Nürnberg
- Ausweisung von Busspuren
- Bessere Harmonisierung der Preise zwischen Stadt und ländlichem Raum
- Digitalisierung und Vernetzung der verschiedenen Angebote inkl. Bezahlungsmöglichkeiten per App
- 365 € Ticket
- Weiterer Ausbau des Radwegenetzes
- Schaffen von sicheren Fahrradabstellplätzen
- Alternative Möglichkeiten – Bürgerbusse, Rufbusse...“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die Förderung und der Ausbau des ÖPNV sind im Flächenlandkreis Würzburg essentiell.

Darüber hinaus setzen wir uns für ein verbessertes Radwegenetz ein. Radwege dürfen nicht nur unter dem Freizeitaspekt gesehen werden. Die Wegeführung muss auch zielgerichtet für Pendler geplant werden.

Ein wichtiger Aspekt sind auch Mitfahrgemeinschaften. Mitfahrerbänke, wie in vielen Gemeinden bereits vorhanden sind dazu ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich sollte bei der „VVM App“ eine Mitfahrerbörse angegliedert werden.“

(1/2)

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Das Angebot für das APG Car Sharing muss ausgebaut werden.“

Seit längerem gibt es für Kreisräte die Möglichkeit ein Job-Ticket zu erwerben. Leider nutzen dies nur 2 von 70 – Wieso gibt es noch immer Km-Geld für Sitzungen und nicht nur ein ÖPNV Ticket? Eigene Erfahrung ohne Auto fehlt viel zu oft.“

(2/2)

DIE LINKE



„Wir wollen den ÖPNV massiv stärken.“

Durch eine geschickte Kombination von Push- und Pull-Faktoren lässt sich dieser Prozess beschleunigen. Somit sind wir in der Lage, mehr Verkehr zu bündeln und den MIV zu reduzieren.

Hierfür brauchen wir mehr Bahnhaltepunkte und ein transparentes Tarifsystem. Uns schwebt als Fernziel der ticketlose und damit endgeldlos nutzbare ÖPNV vor, der durch eine Umlage- oder Steuerfinanzierung auch in Kooperation mit dem Land und dem Bund abbildbar und bezahlbar ist.“

(1/2)

DIE LINKE



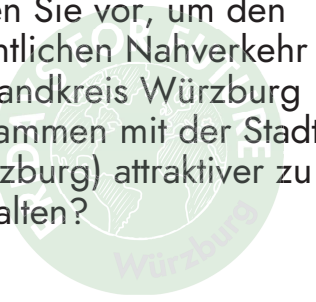
„Hinzu müssen die Radwegenetze im Kreis massiv ausgebaut werden. Es muss Spaß machen, mit dem Rad zu fahren, sonst erreichen wir zu wenige Umstiegswillige.“

Die Taktung der Landkreisbusse muss sich deutlich erhöhen, damit überhaupt ein belastbares Angebot zur Verfügung steht, um eine erhöhte Nachfrage zu erzeugen.“

(2/2)

# Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Würzburg (zusammen mit der Stadt Würzburg) attraktiver zu gestalten?

Verkehr



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Wir wollen für alle Gemeinden mindestens einen **Stundentakt an jedem Tag zwischen 5 und 24 Uhr.**

Wir wollen für alle stadtnahen Gemeinden **mindestens einen Halbstundentakt an Werktagen zwischen 7 und 20 Uhr.**

Für Buslinien sollten nahe der Stadtgrenze **Umstiegsmöglichkeiten zur Straßenbahn** geschaffen werden.

Auch wollen wir für den Landkreis ein **Nachtbusssystem** nach dem Vorbild der Stadt.

Die **Straßenbahn** wollen wir in den Landkreis **ausbauen**, bspw. auf der Achse Kürnach-Estenfeld-Würzburg-Höchberg-Waldbüttelbrunn.“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Auf den bestehenden Schienen der DB wollen wir ein **S-Bahn-System** etablieren.

In Sachen Tickets fordern wir eine **Abschaffung der Waben und vier günstige Zeittarife.** Menschen **unter 18** sollten **kostenlos** fahren dürfen.“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„In Stadt und Landkreis Würzburg hat die SPD vor kurzem die Durchführung eines gemeinsamen ÖPNV-Workshops erfolgreich durchgesetzt.

In diesem Workshop wurden erstmals überhaupt gemeinsam von Stadtrat und Kreistag in der Region Würzburg große Verbesserungen des regionalen öffentlichen Nahverkehrs ins Auge gefasst.

Jetzt geht es darum, dass ein konkreter Masterplan von Stadt und Landkreis erarbeitet, von Stadtrat und Kreistag gemeinsam beschlossen und dann umgesetzt werden. Das muss eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des neuen Kreistags sein.“

Freie Wähler / UWG - FW



„ÖPNV:

- Optimalere Vernetzung von Stadt und Landkreis Würzburg sowie von Bus und Bahn
- Ausweitung des Schienennetzes in den Landkreis
- Ausweisung von Busspuren
- Bessere Harmonisierung der Preise zwischen Stadt und ländlichem Raum
- Digitalisierung und Vernetzung der verschiedenen Angebote inkl. Bezahlmöglichkeiten per App

**Förderung des gemeinsamen Mobilitätsausschuss von Stadt und Landkreis Würzburg!“**

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Für einen erfolgreichen Nahverkehr dürfen Landkreisgrenzen keine Rolle spielen. Ganz wichtig ist es da auch Richtung Kitzingen, Schweinfurt, Main-Spessart und Tauberfranken zu denken!

Beim gemeinsamen AK mit den Stadträten haben wir uns intensiv eingebracht. Den neuen interkommunalen Mobilitätsausschuss begrüßen wir.

Dringend nötig ist eine Kombination aus Vorrangschaltungen für den ÖPNV, aber auch effiziente Umstiegsmöglichkeiten.

Die Linie 6 muss nicht nur kommen, sondern mindestens bis Gerbrunn, besser zu einem neuen Bahnknoten „Kompostwerk“ geführt werden.“



DIE LINKE

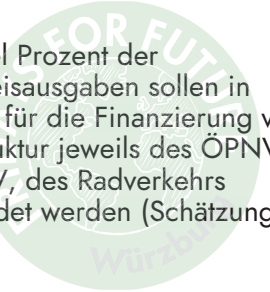
**DIE LINKE.**  
Offene Kreisstädte Würzburg Land

„Klar müssen wir mit der Stadt kooperieren.  
So sollte das Wabensystem wegfallen und die  
Landkreis- und die Stadtbuslinien sinnvoller  
miteinander vertaktet werden.  
Der aktuell angedachte gemeinsame  
Mobilitätsausschuss kann hier tatsächlich eine  
Verbesserung erwirken.“



Wie viel Prozent der Landkreisausgaben sollen in Zukunft für die Finanzierung von Infrastruktur jeweils des ÖPNV, des MIV, des Radverkehrs verwendet werden (Schätzung)?

Verkehr



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Es gibt einen Beschluss des Kreistags, bis zu 2% seiner Einnahmen für den ÖPNV auszugeben.

Dies wurde nicht ausgeschöpft und unserer Meinung nach **macht** auch eine **starre Obergrenze** hier **keinen Sinn mehr**.

In den letzten Jahren wurden die **Busverbindungen verbessert**, es gibt **mehr Taktverkehre** und **mehr Linien**.

Die Preisstruktur ist aber für viele, die „eh“ ein Auto haben, unattraktiv. **Preise senken** ist daher **wichtig**.“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„**Problematisch** ist v.a. die **mangelnde Qualität von Haltestellen** beim Einsteigen und Umsteigen, auch z.B. an Bahnhöfen der DB (Seligenstadt, Ochsenfurt etc.), v.a. das **Fehlen von Park – and Rideplätzen** sowie von guten **Fahrradparkhäusern**.

Um Kommunen zu überzeugen, ihre **Regionalbahnhöfe attraktiver** zu gestalten (auch mit Parkplätzen für „Umsteiger“ aus der Umgebung) müssen wir als Landkreis hier mehr mitfinanzieren als bisher.“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Wir haben uns immer für eine Steigerung der Ausgaben für den ÖPNV eingesetzt. Die jetzt erreichten 2% der Kreisumlage werden aber nicht ausreichen.

Wir brauchen mindestens eine Verdopplung der Anstrengungen und streben 5% der Kreisumlage an, brauchen aber auch eine Verdoppelung der staatlichen Investitionen und Zuschüsse für den ÖPNV, um unsere Ziele zu erreichen.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Als Quereinsteiger ist eine fundierte Aussage in Prozent nur nach Absprache mit der Verwaltung möglich, da die Kreisumlage und allen voran die Umlagekraft jährlichen Schwankungen unterliegt.

Fakt ist jedoch, dass mehr Gelder für unsere Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden müssen. Es gibt immer noch den einen oder anderen Radweg, der noch vollendet werden muss. Auch viele Kreisstraßen abseits des Ballungsraums um Würzburg lassen zu wünschen übrig. Eine Schätzung basierend auf dem Haushaltsbericht 2020 von mir wäre 8,5 %.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Außer Frage steht, dass der ÖPNV über das ursprüngliche 2%-Punkte Kreisumlageziel hinaus finanziert werden muss, nachdem jahrelang Teile dieses beschlossenen Etats nicht genutzt wurden.

Beim Individualverkehr befürworten wir eine Schwerpunktbildung zugunsten P&R-Plätzen und den Verzicht auf Ausbau zugunsten reinen Unterhalts (der auch für den Busverkehr Bedeutung hat).

Für den Radwegebau sollten zukünftig statt der bisher ca. 0,5% Kreisumlage mindestens 1%-Punkt herangezogen werden.“

DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
Offene Kreislistige Würzburg Land

„Der genaue Prozentsatz muss auch an die jeweiligen Prozesse und Projekte angepasst sein, jedoch muss der Mix untereinander zwischen dem ÖPNV, dem MIV und dem Radverkehr stimmen. Die ist ähnlich gelagert wie beim Modal Split.

Aktuell wird anteilig zu viel Geld für den MIV ausgegeben, ebenso ist der Anteil des MIVs im Modal Split zu hoch.

Die Ausgaben für den ÖPNV müssen sich mindestens auf dem gleichen Level bewegen, wie die Gelder für den MIV. Aktuell sollte dieser Anteil sogar höher sein, damit die Versäumnisse der letzten Jahre ausgeglichen werden können.“

(1/2)

DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
Offene Kreislistige Würzburg Land

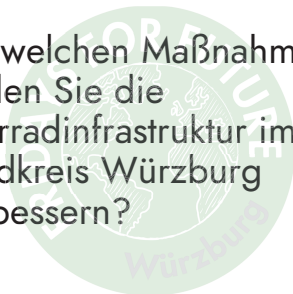
„Für den Ausbau von Rad- und Fußwegenetzen wird aktuell nur ein trauriger Bruchteil ausgegeben.

Doch genau hier liegt der Nachholbedarf am deutlichsten vor. Der Anteil der Gelder in diesen Bereichen sollte für einige Jahre sogar dem der beiden Felder entsprechen und je nach Anschlussmöglichkeiten an Bahn und Bus auch je nach Gemeinde hoch bleiben.“

(2/2)

# Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Fahrradinfrastruktur im Landkreis Würzburg verbessern?

Verkehr



Freie Wähler / UWG - FW



„Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren viel für das Radwegenetz getan. Es gibt eine interaktive Radwegkarte, der Landkreis unterstützt die Gemeinden beim Bau von Radwegen und der „Radlerfrühling“ wurde eingeführt.

Radwege müssen noch vollendet werden, sichere Übergänge für Radwege müssen noch entstehen, Schlauchautomaten an stark befahrenen Radwegen müssen aufgestellt werden und die Flur- und Wirtschaftswege, die von der Landwirtschaft und den Radfahrenden genutzt werden, müssen sauber gehalten werden.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Es ist uns wichtig, **gute Radverbindungen zwischen den einzelnen Orten, Ortsteilen** (z. B. Bergtheim, Opferbaum, Dipbach) **und in die Stadt Würzburg** zu schaffen. Landkreis und Gemeinden sollten eine Planung für ein **Radschnellwegenetz** für Pendler\*innen erarbeiten und umsetzen.

Die **neuen Radwege** müssen **vom KFZ-Verkehr getrennt** sein und **nur im Ausnahmefall auf Landwirtschaftswegen** geführt werden. Der **Belag** sollte **hochwertig und ohne Unebenheiten** sein. Der **Radverkehr** muss **gegenüber dem Autoverkehr bevorrechtigt** sein.

Außerdem wollen wir – besonders an wichtigen Bushaltestellen und an den Bahnhaltepunkten – **Radabstellanlagen** schaffen, um einen **schnellen Umstieg vom Rad in den ÖPNV** zu ermöglichen.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



- „Weiterführung des Radwegeprogramms
- Ergänzung hinsichtlich direkter Pendlerverbindungen
- Bike and Ride (zB Sichere Abstellplätze) entlang der Bahnstrecken und schnellen Busverbindungen

Das Fahrrad ist grundsätzlich ein vollwertiges Verkehrsmittel und darf deshalb alle Straßen nutzen. Wenn kleine Kreisstraßen zu gefährlich sind, dann muss das Fahrrad dort geschützt werden (Geschwindigkeitsbegrenzung und Überholverbot).“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Die SPD kann bereits seit 10 Jahren mit ihrem erfolgreichen Antrag auf ein Radwegförderprogramm vielen Kommunen dabei helfen, gut ausgebaute Radwege zwischen verschiedenen Orten im Landkreis zu schaffen. Hohe Summen und Fördermittel konnten investiert werden, insgesamt 100 Radwegeprojekte mit über 10 Millionen €.

Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortführen und den Kommunen weitere Mittel zum Radwegeausbau bereitstellen. Zudem wollen wir über Radschnellwege von und nach Würzburg das Rad als attraktives Fortbewegungsmittel der Zukunft fördern. Hierzu soll auch die Verzahnung von Radverkehr mit Bus und Bahn beitragen. An diesen Mobilitätsstationen sollen attraktive und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geschaffen werden.“

DIE LINKE



„Zum einen müssen dafür überall Fahrradwege zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es des Ausbaus zusätzlicher aber auch durchgängiger Fahrradwege. Wo es möglich ist sollen zudem neue Fahrradwege entstehen.

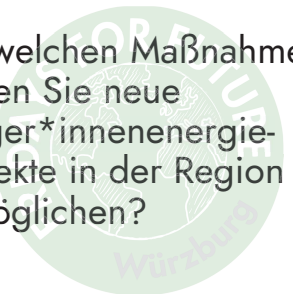
Zum anderen müssen entsprechende Anreize und Anlaufstellen entstehen. Dafür sollen finanzielle Anreize wie eine Förderung von Fahrrädern und Lastenfahrrädern geschaffen werden.

Auch der Verleih von Fahrrädern und Helpshottlines der Kreise und Gemeinden müssen initiiert und an zentralen Punkten installiert werden.

Fahrradreparaturzentren und DIY-Points müssen flächendeckend und verfügbar gemacht werden.“

# Mit welchen Maßnahmen wollen Sie neue Bürger\*innenenergieprojekte in der Region ermöglichen?

Energie



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„In der Umgebung des Landkreises Würzburg gibt es **kompetente Ansprechpartner** für gelungene Projekte und Umsetzungsmöglichkeiten, z.B. die Stadtwerke Haßfurt und das Zentrum für angewandte Energieforschung (ZAE) in Würzburg. Mit denen wollen wir **eng zusammenarbeiten**.

**Bürgerenergieprojekte** sind bei Investoren beliebte regionale Geldanlageprojekte, es bestehen also gute Aussichten, initiierte Projekte darüber auch finanzieren zu können.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich im Kreistag für ein Energiekonzept und für Energieberatung eingesetzt. Leider hat die Landkreisverwaltung zu wenig umgesetzt.

Deswegen wollen wir eine hauptamtliche Stabsstelle Klimaschutz und Energieberater des Landkreises, die Bürgerinnen und Bürgern unseres Landkreises kompetent beraten und bei Projekten für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit helfend zur Seite stehen, z.B. bei Fragen der energetischen Gebäudesanierung, bei neuer E-Mobilität, beim Umstieg auf Öko-Strom und Öko-Wärme sowie Energieeinsparung.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Der Landrat kann über den Landkreistag Druck auf die Landesregierung ausüben und so gegen die 10 - H Regel, die de facto der Windkrafttod ist, vorgehen.

Mit Einzelfallprüfungen und Bürgerbeteiligungsmodellen können dann alle Arten von erneuerbaren Energien gefördert werden und finden so auch mehr Akzeptanz.

Auch die Ausweitung der Öko - Modellregion Waldsassengau auf den ganzen Landkreis geht nicht ohne die Beteiligung von Bürger\*innen.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die dezentrale Energieversorgung ist das beste Mittel gegen Monopole am Energiemarkt.

Energieprojekte stoßen vor allem dann auf Akzeptanz, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort beteiligt sind.

Soweit die Kommunen vor Ort Gestaltungsmöglichkeiten haben sollten Flächen für Energieprojekte aus dem eigenen Umfeld bereitgestellt werden.

Bei der Abwägung zwischen Denkmalschutz und Solarenergie soll ein gutes Miteinander gefunden werden.“

DIE LINKE



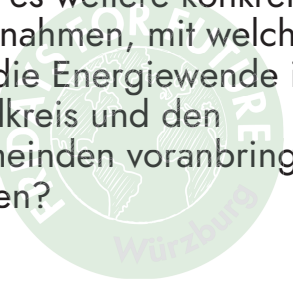
„Die Förderung für regenerative Energien muss erhöht werden.

Ungenutzte Potentiale (Hausdächer, Fassaden, weiträumige Flächen etc.) sollen für gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Nutzen umgewandelt werden, durch Installation von Solaranlagen, Photovoltaik, Photothermie etc., um nicht nur für Privatpersonen, sondern auch die Bürger\*innen zur Verfügung zu stehen.

Zusätzlich müssen Speicherkapazitäten eingerichtet werden, um es nutzbar machen zu können.“

# Gibt es weitere konkrete Maßnahmen, mit welchen Sie die Energiewende im Landkreis und den Gemeinden voranbringen wollen?

Energie



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Für den **Ausbau von Solarenergie** bestehen noch große Kapazitäten, **vor allem auf Dächern** und auf bereits versiegelten Flächen.

**Große Solarenergieprojekte auf Freiflächen sehen wir skeptisch**, denn Flächen sollten für Landwirtschaft, Wald, Naturschutz und ggf. **Energiepflanzen** genutzt werden. Wir bevorzugen andere Formen, um regenerative Energien zu gewinnen.

Mit dem **Windkraftverhinderungsgesetz** der Bayerischen CSU-Staatsregierung (10h-Regelung) ist ein **Ausbau der Windenergie** und der **Ersatz älterer Anlagen auf bereits bestehenden Standorten** durch neuere Anlagen in der Region allerdings **nahezu unmöglich** geworden.

Ein Konzept zur **konsequenten Energieeinsparung** für den Landkreis, die Kommunen, Wirtschaft und Haushalte ist unbedingt notwendig.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Wir werden das Energiekonzept des Landkreises konsequent umsetzen.

Darüber hinaus erstellen wir im Landkreis ein öffentlich zugängliches Solar-Dach-Kataster. So kann jede Bürgerin und jeder Bürger entscheiden, ob die Anschaffung einer Photovoltaik-Anlage sinnvoll ist.

Der Landkreis und die Kommunen müssen mit bestem Beispiel vorangehen und BürgerInnen, Unternehmen und Organisationen mit Beratung und Förderung unterstützen, um den Umstieg in CO2-neutrale Energie zu ermöglichen.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Neben der Förderung von erneuerbaren Energien inklusive Speichermöglichkeiten, der Ausweitung der Öko-Modellregion und der Anlegung von Blühflächen und Biotopen auf landkreiseigenen Flächen ist die Reduzierung des Energieverbrauchs, die Förderung der öffentlichen Mobilität und die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Beratung und Aufklärung zu nennen.

Des Weiteren ist die Trennung von Umwelt- und Bauausschuss sowie die Bestellung eines/er Umweltbeauftragten sicher zielführend.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die Gemeinden haben die Planungshoheit auf Ihrer Gemarkung – diese muss genutzt werden.

Beispiele könnte eine Ortsanalyse mit einem „Dächernutzungsplan“ als Ergebnis sein, um Potentiale für Solarenergie auszuschöpfen.

In vielen Fällen reicht es bereits den Bürgerinnen und Bürgern durch Beratung unter die Arme zu greifen.

Die widersinnige 10H-Regel macht Windkraft schwierig. Damit zumindest die wenigen Flächen, die so noch in Frage kommen, erhalten bleiben muss es Aufgabe der Planung sein, diese nicht durch „schädliche“ Bebauung einzuschränken“

DIE LINKE



„Alternative und regenerative Energieträger sind die Zukunft.

Daher sollen neue Trägersysteme getestet werden und auf ihre Tauglichkeit für unsere Kreise hin geprüft werden.

Auch die Einrichtung von Think Tanks und Expertenkreisen so wie Förderungen für regenerative Energien sollen im Vordergrund stehen und vorangetrieben werden.“

## Welche Pläne haben sie, kleine, regional und nachhaltig agierende Agrarbetriebe zu unterstützen? Wie kann Massentierhaltung im Landkreis Würzburg verringert werden?

Landnutzung

Freie Wähler / UWG - FW



„Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft:

- Das Eigentum der Landwirte muss geschützt sein
- Planungssicherheit für ldw. Betriebe muss gestärkt werden
- Finanziellen Ausgleich für Umweltmaßnahmen stärken
- Erzeugung und Vermarktung regionaler Lebensmittel fördern
- Digitale Infrastruktur in ruralen Gebieten schaffen
- Infrastruktur im ländlichen Raum fördern

Um die zweite Frage sachgerecht zu beantworten brauche ich eine Definition, ab wann ist Tierhaltung Massentierhaltung? Wie viele Tiere pro Stall? Wie viele Tiere pro Flächeneinheit z.B. in Quadratmeter?“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Der Bau von Ställen für Tierhaltung unterliegt den baurechtlichen Vorschriften bzw. es besteht Bestandsschutz, vor allem für kleinere landwirtschaftliche Betriebe in den Orten.

Diese kleineren Höfe in den Orten zu unterstützen und baurechtliche Genehmigungsverfahren im Außenbereich konsequent auf ihre Umweltauswirkungen zu überprüfen und Genehmigungen für sehr große Tierhaltungen so restriktiv wie möglich zu erteilen, insbesondere dann, wenn sich in der Nähe bereits ein anderer, ähnlicher Betrieb befindet, ist unser Ziel.

Der Landkreis sollte in den Einrichtungen seines Kommunalunternehmens (Kantinen, Küchen in Senioreneinrichtungen) darauf hinwirken, biologisch angebaute Nahrungsmittel aus der Region zu verwerten und gemeinsam mit den Kitas und Schulen in der Region Wege finden, dies dort ebenfalls umzusetzen.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Wir haben nicht nur Pläne, wir handeln auch so.

- Beim 20. Partnerschaftsjubiläum mit Israel gab es Weine aus Rheinhessen und Prosecco aus Italien. Während es den anderen Parteien egal war stellten wir einen Antrag: In Zukunft wird es bei Landkreisveranstaltungen regionale Weine geben = Unterstützung regionaler Produktion und weniger CO2 für Transporte.
- Das von uns initiierte Artenschutz-Volksbegehren „Rettet die Bienen“ hat bereits einen klaren Schwerpunkt auf die kleinen und nachhaltigen Bauernhöfe gesetzt.
- Essentiell ist eine gute Bildungsarbeit, um das Bewusstsein sowohl bei den Produzenten, wie auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schärfen.
- Das Gewererecht darf lokalen Märkten nicht im Wege stehen“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Die Klima-Ziele von Paris sind ohne den landwirtschaftlichen Bereich nicht leistbar.

Damit das gelingen kann, brauchen wir eine Partnerschaft zwischen Staat, Gesellschaft und Landwirten.

Deswegen schlagen wir ein Dialogforum Nachhaltige Landwirtschaft im Landkreis Würzburg vor, das diese Fragen aufgreift und sich auf konkrete Vorschläge und Leitlinien verständigt.

Gefordert sind aber vor allem Staat und Gesellschaft, die auch bereit sein muss, einen fairen Preis für Lebensmittel zu zahlen.“

DIE LINKE

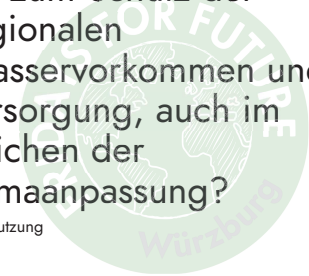


„Da der gesetzliche Rahmen (Bundes- und Landesgesetzgebung) wenig Handhabe geben, gilt es hier vor allem Verstöße stärker zu ahnden, Nachhaltigkeit mit Zuschüssen zu fördern und Aufklärung zu betreiben.

Dazu gehört es auch Gespräche mit den großen Anbietern und Discountern zu führen. Mensen und Cafeterien bieten hier einen sehr guten ersten Ansprechpartner, um eine Veränderung anzustoßen.“

# Welche Vorhaben haben sie zum Schutz der regionalen Wasservorkommen und -versorgung, auch im Zeichen der Klimaanpassung?

Landnutzung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Zum Wasserschutz der regionalen Wasservorkommen gehört der **Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer.**

Um in unserer **regenarmen Region** die **Grundwasserneubildung zu unterstützen**, müssen wir die **Menge der versiegelten und verdichteten (Acker)Flächen** in den Blick nehmen und möglichst **reduzieren**, denn nur dann, wenn Regenwasser auch versickern kann, und nicht über die Kanalisation oder Bäche weiterfließt, bildet sich Grundwasser.

**In Wäldern** sollte Holzernte verstärkt mit **Rückepferden** durchgeführt werden, um Verdichtung des Waldbodens durch schweres Gerät zu vermeiden.“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Auf Landkreisebene können wir besondere Problemstellen identifizieren (z.B. Ackerflächen mit Hanglagen) und dann viel Überzeugungsarbeit leisten, eigene **Baumaßnahmen entsprechend ausrichten** und Baumaßnahmen in den Kommunen durch eine enge Zusammenarbeit mit den Bürgermeister\*innen und Gemeinderät\*innen entsprechend beeinflussen.

Was die **Oberflächengewässer** angeht, sollten die Kommunen im Landkreis sich auf die Einführung von Trennsystemen für Abwasser und Regenwasser (in verschiedenen Kanälen) einigen sowie ausreichend große Regenrückhaltebecken bauen, um Verschmutzungen der Oberflächengewässer mit Fäkalien bei Starkregenereignissen zu vermeiden.“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Der Landkreis Würzburg ist ein wasser- und regenarmer Landkreis. Wir brauchen daher dringend einen Masterplan Grundwasser und ein aktives Wassermanagement auf Landkreisebene.

Der Prozess hierfür soll mit der Stabsstelle Klimaschutz und dem/der Klimaschutzbeauftragten und im Dialog mit den betroffenen Kommunen eingeleitet werden und sich im Klimaschutzplan für den Landkreis Würzburg wiederfinden.

Gerade die Trinkwasserversorgung und Grundwassernutzung sind existenzielle Fragestellungen, denen wir uns seit Jahren stellen.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Wie wir in Unterfranken wissen, wird Wasser ein zunehmend knappes Gut. Die Wasserver- und entsorgung muss in kommunaler Hand bleiben.

Ein privater Betreiber will Geld verdienen und das geht nur über höhere Kosten bei den Anbieterstandards. Die Erstellung eines Bewässerungskonzepts für den landwirtschaftlichen Wasserbedarf, mit dem Ziel die Wasservorräte zu schonen und effiziente Bewässerungsmethoden z.B. Tröpfchenbewässerung zu fördern, kann ebenfalls helfen die Wasservorräte in Zeiten des Klimawandels zu bewahren.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Der Verzicht auf Pestizide – wie in unserem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ für alle staatlichen Flächen bereits beschlossen und für die übrigen auf den Weg gebracht - ist ein erster wichtiger Schritt.

Der Flächenverbrauch ist eine der Ursachen, dass Grundwasser sich nicht regeneriert, sondern Regen zu schnell abfließt. Der Schwerpunkt muss auf Sanierung statt auf Neubau liegen. „Weniger ist mehr“.

Der Landkreis Würzburg hat Teile der Wasserversorgung selbst übernommen, so kann der Kreistag die Versorgung nicht nur selbst sichern, sondern den Einstieg von Konzernen besser verhindern.“

„Da die Region mitunter die meisten Sonnentage in ganz Deutschland hat und die Temperaturen zu einem erhöhten Wasserbedarf führen, welcher schon in der Vergangenheit zu Engpässen geführt hat, muss eine nachhaltige Wasserwirtschaft stattfinden.

Dazu muss zunächst das bestehende Wasservorkommen geschützt werden. Mit ständigen Kontrollen und einer klaren Zuständigkeitsverteilung soll die Qualität des Wassers gewährleistet werden.

Falls Verunreinigungen stattfinden, müssen diese umgehend rückverfolgt, behoben und geahndet werden.“

„Auf der anderen Seite gilt es Verunreinigungen durch Windkraft (Agrar- und Landwirtschaft mit zu hohen Nitrat- und Pestizidwerten oder Industrie mit nicht bereinigten Abwässern) präventiv vorzubeugen.

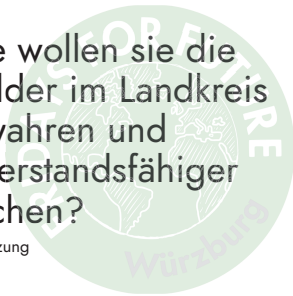
Dazu sind Gespräche und entsprechende Auflagen notwendig.

Um zusätzliche Wasserreserven auszuschöpfen muss vor allem das Regenwasser aufgefangen, gespeichert und genutzt werden. Dazu bieten sich in der Stadt und Gemeinden entsprechende „Sponge City“ Systeme an oder Speichersysteme in der Landwirtschaft.“



# Wie wollen sie die Wälder im Landkreis bewahren und widerstandsfähiger machen?

Landnutzung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Es gilt natürlich: Bereits **gepflanzte Bäume pflegen und schützen, neue Bäume pflanzen** und zwar möglichst große und hohe, die einen großen Einfluss auf das **Mikroklima in der Umgebung** haben in den Kommunen, Ortszentren, auf Parkplätzen und Spielplätzen, als **Alleebäume** entlang von Straßen.

Um Wälder zu schützen muss der Grundsatz **„Wald vor Wild“** gelten und umgesetzt werden, und zwar egal, ob es sich um Staatsforst, kommunale Wälder oder Privatwälder handelt. Verbiss schadet Neuanpflanzungen und der klimatische Stress, dem Jungpflanzen gerade in unserer Region wegen der Trockenheit sowieso ausgesetzt sind, sollte nicht durch weitere Stressfaktoren wie Verbiss multipliziert werden.“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„In Wäldern sollte Holzernte verstärkt mit **Rückepferden** durchgeführt werden, um Verdichtung des Waldbodens durch schweres Gerät zu vermeiden (Das gilt für Waldschutz ebenso wie für Grundwasserbildung. Deshalb steht dieser Absatz bei beiden Fragestellungen).“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Wir wollen 50.000 Klimabäume in den nächsten 6 Jahren pflanzen - auf Landkreisflächen, ehemaligen Deponien und im Umfeld dieser Einrichtungen.

Bürgerinnen und Bürger sollen Unterstützung im Landratsamt erhalten, wenn sie privat mehr Waldflächen schaffen wollen.

Unsere Kommunen unterstützen wir bei Initiativen zur Schaffung widerstandsfähiger Waldflächen.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Die Wiederaufforstung der Wälder durch klimatolerante und artenreiche Baumarten muss hier Priorität haben.

Durch das hohe zweistellige Millionenprogramm des Freistaates Bayern können solche Maßnahmen finanziert werden.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die Waldwirtschaft muss konsequent nachhaltig und ökologisch erfolgen.

Bei Abholzungen muss ein erheblich größerer Aufholzungsbereich eingefordert werden, weil junge Wälder sehr lange brauchen um den Bestand ernsthaft zu ersetzen.

Durch den großen Flächenbedarf der Menschen kommt es in den wenigen freien Flächen zu erheblichen Problemen zwischen Tier und Pflanze. Hier muss ein gelungenes Nebeneinander gefunden werden.“

DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
Offene Kreistagliste Würzburg Land

„Da die Wälder unsere „Lungen“ sind und einen Großteil des CO<sub>2</sub> binden, ist es immens wichtig diese zu schützen und gleichzeitig zukunftsfest zu machen.

Zum einen dürfen keine weiteren Rodungen und Flächenversiegelungen stattfinden, denn ein intaktes Ökosystem ist widerstandsfähiger.

Es muss geprüft werden, welche Pflanzen und Bäume an die immer heißeren und trockeneren Gegebenheiten angepasst sind. Zunächst sollte eine Mischform aus einheimischen und robusten Sorten getestet werden.“

(1/2)

DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
Offene Kreistagliste Würzburg Land

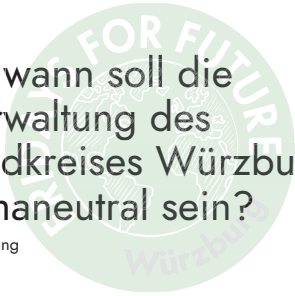
„Zusätzliche Wasserspeicher sollten bei langen Dürreperioden wirken und auch bei Waldbränden für eine effektive Bekämpfung parat stehen.

Auf jeden Fall muss viel geforscht und ausprobiert werden und vor allem auf den Rat von Experten gehört werden, die diesen Prozess unbedingt mitbegleiten müssen.“

(2/2)

# Bis wann soll die Verwaltung des Landkreises Würzburg klimaneutral sein?

Verwaltung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Die Verwaltung der Stadt Würzburg hat bereits einen Beschluss gefasst, bis zum **Jahr 2030** klimaneutral zu sein.

Wir streben an, spätestens zum gleichen Zeitpunkt eine klimaneutrale Verwaltung im Landkreis umzusetzen.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Unser Ziel ist die klimaneutrale Bewirtschaftung der Gebäude des Landkreises bis 2026.

Die Beschaffungswirtschaft im Landkreis und seinen Einrichtungen soll nachhaltig gestaltet werden.“

Freie Wähler / UWG - FW



„So schnell wie möglich!“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die Landkreisverwaltung muss sofort Maßnahmen ergreifen um klimaneutral zu werden.

Nicht zielführend ist es ein Parkhaus am Landratsamt zu bauen und so den PKW zu fördern – besser wären günstigere Job-Tickets und eine Entzerrung der Belastungen.

Der gesamte Landkreis muss 2025 klare Schritte angefangen haben, damit das Ziel der Klimaneutralität spätestens 2030 erreicht wird.“

DIE LINKE



„Am besten gestern. Auch wenn es schwierig ist Vorhersagen zu treffen, müssen wir diesen Umschwung schaffen.

Daher fordern wir die Verwaltung in ihrer Vorbildfunktion auf, bis 2030 klimaneutral zu sein. Die Verbindlichkeit soll durch jährliche transparente Bilanzen nachgewiesen werden.“

# Wie sollen die Beschäftigten in der Verwaltung des Landkreises Würzburg mehr für den Klimaschutz sensibilisiert werden?

Verwaltung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„**Klimaschutzmaßnahmen** sind nicht nur für das Klima gut, sondern **sparen** kurz-, mittel- und langfristig auch **Geld** und **erhöhen** die **Lebensqualität**. Gerade die Erhöhung der Lebensqualität muss stärker in den Fokus rücken, um über den Arbeitsbereich hinaus zu überzeugen:

- der **Verbrauch von fossilen Energien in allen Arbeitsbereichen** und an allen **Arbeitsplätzen** prüfen (Stromverbrauch für Beleuchtung innen und außen, Heizungsenergie, Wärmedämmung an eigenen Gebäuden usw.),
- **nachhaltige Beschaffung** forcieren“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



- „mit **Job Ticket** und ÖPNV zur Arbeit kommen
- **regionale Bio-Lebensmittel** in Kantinen bevorzugen
- konsequent jeden Tag **fleischfreies Essen** anbieten
- **„Fair Trade Landkreis“** Maßnahmen steigern
- Ideen dazu einsammeln, **von unten nach oben**
- **Vorleben durch die Führungskräfte!**“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Eine Stabsstelle Klimaschutz soll Landkreisverwaltung wie Politik bei der Bewältigung des Klimawandels vor Ort unterstützen, direkten bei der Landrätin angesiedelt.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Auch hier kann ich als Quereinsteiger nicht beantworten, welche Maßnahmen zur Sensibilisierung bereits getroffen wurden.

Am besten gelingt es wohl durch Aufklärungsarbeit, Workshops und Experten. Zum Beispiel kann Fridays for Future zu einem Workshop eingeladen werden.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Der Landkreis und die Gemeinden müssen Beauftragte für den Klimaschutz einführen, die ähnlich wie die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten beratend, informierend und kontrollierend mitwirken (vgl. auch Frage 1b zur Überprüfung der Beschlüsse).

Information und Bildung ist wichtig, aber alle Räte müssen sich auch ihres Vorbildcharakters bewusst sein (2 von 70 mit Jobticket sind einfach zu wenig).“



DIE LINKE

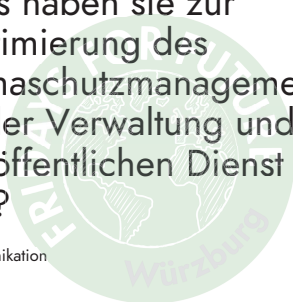
**DIE LINKE.**  
Offene Kreispartei Würzburg Land

„Da Klimaschutz nicht ein Thema ist, sondern alle Bereiche in verschiedenen Nuancen durchdringt ist ein dauerhaftes Umdenken nur dann möglich, wenn die Angebote geschaffen sind und das Personal geschult ist.

Daher sind auch diese beiden Bereiche für uns essenziell in der Umsetzung von Veränderungen für einen nachhaltigen Klimaschutz.“

# Was haben sie zur Optimierung des Klimaschutzmanagement in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst vor?

Kommunikation



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Klimaschutz muss **Sache der Chefin** werden!  
Ansonsten gelten auch die Antworten zur letzten Frage:

**Klimaschutzmaßnahmen** sind nicht nur für das Klima gut, sondern **sparen** kurz-, mittel- und langfristig auch **Geld** und **erhöhen** die **Lebensqualität**. Gerade die Erhöhung der Lebensqualität muss stärker in den Fokus rücken, um über den Arbeitsbereich hinaus zu überzeugen:

- der **Verbrauch von fossilen Energien in allen Arbeitsbereichen** und an allen **Arbeitsplätzen** prüfen (Stromverbrauch für Beleuchtung innen und außen, Heizungsenergie, Wärmedämmung an eigenen Gebäuden usw)
- **Nachhaltige, möglichst plastikfreie Beschaffung** forcieren“

(1/2)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



- „mit **Job Ticket** und ÖPNV zur Arbeit kommen
- **regionale Bio-Lebensmittel** in Kantinen bevorzugen
- konsequent jeden Tag **fleischfreies Essen** anbieten
- **„Fair Trade Landkreis“** Maßnahmen steigern
- Ideen dazu einsammeln, **von unten nach oben**
- **Vorleben durch die Führungskräfte!**“

(2/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Den Beschäftigten des Landkreises müssen beispielsweise für klimagerechte Mobilität mehr Anreize geboten werden, u.a. durch Firmenräder, Car-Sharing für Mitarbeiter oder Zuschüsse für die ÖPNV-Nutzung auf dem Arbeitsweg.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Neben der Bestellung eines/er Umweltbeauftragten mit der Aufgabe ein energie- und klimapolitisches Leitbild für den Landkreis zu erstellen, muss die Senkung des Energieverbrauchs dringend erfolgen, da die öffentliche Verwaltung eine Vorbildfunktion hat.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Wir halten den oben bereits erwähnten Klimaschutzbeauftragten für einen wichtigen Faktor – gerade intern im Landratsamt.  
Konkret können Heimarbeitsplätze den Bedarf nach weiteren Verwaltungsgebäuden und gleichzeitig den Pendlerbedarf reduzieren.“



DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
Offene Kreispolitik Würzburg Land

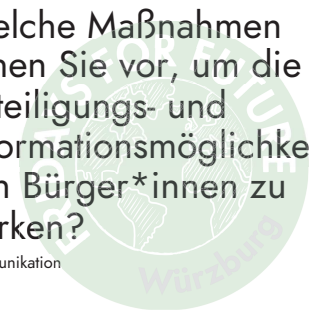
„Auch hier soll sich damit befasst werden, wie nachhaltige und sozial-ökologische Politik funktioniert.“

Aufklärung und Schulungen sowie die Prüfung der Arbeitsweise und der Verfahren auf ihre Umweltverträglichkeit sind ein erster Schritt.

Des weiteren bedarf es eines Umweltpersonals das zur ständigen Optimierung und Ausbau des Klimaschutzmanagements beiträgt.“

# Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten von Bürger\*innen zu stärken?

Kommunikation



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Einige Vorschläge dazu (nicht abschließend):

- Öffentliche Sitzungen sollten öffentlich übertragen werden
- Einbeziehung der Bürger\*innen durch transparente Verwaltung, offenen Dialog und Unterstützung bei der Durchführung von Bürgerentscheiden
- Jugendparlamente fortführen und Jugendliche aktiv beteiligen
- Teilhabe ermöglichen z.B. durch barrierefrei gestaltete Internetseiten, durch Rahmenbedingungen der Stimmabgabe (Briefwahl und Infos auch in einfacher/leichter Sprache), etc.
- Öffentlich einsehbares Ökoflächenkataster (u.a. damit Bürger\*innen bei Spaziergängen feststellen können, wie sich Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen im Landkreis über die Jahre entwickeln)“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Der stärkere Einbezug von Bürgerinnen und Bürger in die Kreispolitik ist der SPD ein wichtiges Anliegen.

Darum hat die SPD erfolgreich die Einrichtung eines Jugendkreistages beantragt, der über ein eigenständiges Budget verfügt und Projekte im Landkreis Würzburg vorschlagen bzw. umsetzen kann.

Die Digitalisierung bietet große Chancen für mehr Beteiligungs- und Informationsangebote.

Neben der Vereinfachung bürokratischer Vorgänge wollen wir daher mit der Entwicklung zum Smarten Landkreis Würzburg digitale Plattformen im Entscheidungsprozess der Kreispolitik schaffen.“

(1/2)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sind wir auch auf die Meinung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Hier wollen wir unter Einbezug von Bürgerwissen die ÖPNV-Workshops fortsetzen, um gemeinschaftlich den ÖPNV in der Region weiterzuentwickeln.“

(2/2)

Freie Wähler / UWG - FW



„Um die Transparenz in der Kreispolitik zu fördern wäre ein Livestream der Kreistagssitzungen sowie der Ausschüsse sinnvoll.

Um die Bürger\*innen besser in die Politik einzubinden, muss die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationsveranstaltungen angeboten werden. Auch Bürgersprechstunden des Landrats sind hier zielführend.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die **ödp** ist eine Verfechterin der direkten Demokratie. Wir befürworten es, wenn weitreichende Entscheidungen anstehen, die kontrovers beurteilt werden, die Bürgerinnen und Bürger in Bürgerentscheiden zu befragen.

Die bereits begonnen Bürgerworkshops zum ÖPNV müssen als regelmäßige und flächendeckende Einrichtung weitergeführt und ausgebaut werden.

Gleichzeitig können diese ÖPNV-Workshops als Vorbild für andere Bereiche dienen.“





DIE LINKE

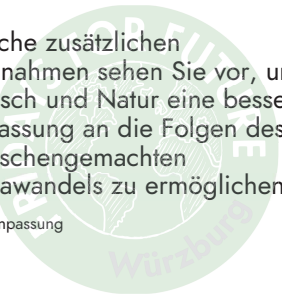
**DIE LINKE.**  
Offene Kreisstadt für Würzburg Land

„Die oben angesprochenen Punkte beziehen sich nicht nur auf die Behörden, sondern sollen von den Behörden und den jeweiligen Ressorts an die Menschen herangetragen werden.

Dazu ist notwendig, dass die Stadt die Informationen und Maßnahmen transparent online, wie offline zur allgemeinen Verfügung stellt.“

Welche zusätzlichen Maßnahmen sehen Sie vor, um Mensch und Natur eine bessere Anpassung an die Folgen des menschengemachten Klimawandels zu ermöglichen?

Klimaanpassung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



„Klimafolgen-Anpassungsmaßnahmen werden ein immer stärkeres Gewicht einnehmen müssen, gerade hier im Landkreis Würzburg, der in besonders hohem Maße von Hitze und Trockenheit betroffen ist.

In Gebäuden, die der Landkreis besitzt oder nutzt, sei es nun für Verwaltung, Schulen, Pflegeeinrichtungen oder in unserem Krankenhaus wird es verstärkt darum gehen, an besonders heißen Sommertagen eine **erträgliche (Arbeits)Temperatur** zu erhalten. Das geht vor allem mit Maßnahmen, die das Mikroklima in der näheren Umgebung beeinflussen, v.a. schattenspendende Bäume, aber auch Baumaterialien verwenden, die hitzeregulierend wirken.

Die steigende Zahl an „Tropennächten“, bei denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinkt, sind enorm belastend für den Kreislauf gerade älterer Menschen, und wir werden in unsere **(not)ärztliche Versorgung** nicht nur Grippewellen, sondern auch **Hitzewellen** einplanen müssen.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)



„Gute Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis Würzburg sind uns wichtig.

Das Landratsamt muss für sie ein Dienstleistungszentrum sein.

Bei Fragen zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit soll interessierten Bürgerinnen und Bürgern dort kompetent und lösungsorientiert geholfen werden.“

Freie Wähler / UWG - FW



„Es müssen Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung getroffen werden (z.B. Informationskampagnen über Hitzeperioden und Notfallpläne für Einrichtungen des Landkreises).

Der Katastrophenschutz muss verbessert werden, da durch Extremwetterlagen vermehrt Stürme und Starkregen auftreten werden und die Natur kann durch die öffentliche Mobilität geschont werden.“

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)



„Die **ödp** ist von Anfang an eine Partei deren zentrales Ziel der Klimaschutz ist. Der Club of Rome mit den aufgezeigten Grenzen des Wachstums inspirierte unsere Gründerinnen und Gründer.

Quintessenz ist unsere Kernaussage „WENIGER IST MEHR“

Die Antwort auf diese letzte Frage liefert unser Programm [www.oedp.de](http://www.oedp.de)“

DIE LINKE



„Eine schnelle aber nachvollziehbare Entwicklung in der Politik und den Behörden, die den Menschen mit Angebotsumstrukturierung und Förderungen sowie weitreichender Aufklärung nahegebracht wird, ist die nachhaltigste aller Maßnahmen.

Dafür müssen die Menschen aktiv mitgestalten. Dazu können auch entsprechende Stellen und Workshops eingerichtet werden und Informationen zur Verfügung gestellt werden.“

## **Impressum**

Fridays For Future Würzburg

E-Mail: [wuerzburg@fridaysforfuture.de](mailto:wuerzburg@fridaysforfuture.de)

<https://wechange.de/project/fridays-for-future-wuerzburg>